

Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Sprechnummer 22 und 37.

Telegr.: Tageblatt Sorau, Niederlausitz

Meiniges Publikationsorgan des Magistrats von Christianstadt a. S.

Postfach-Nr. 854 Berlin W 23, 7.

Giro-Konto bei der Reichsbank

Ercheinungsweise (preislos): Täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. — Bezugspreis für 28 1/2, — 2/12 1923: In Sorau in den Ausgabenstellen 50 Goldpfennig, im Kreisgebiet 5 Goldpfennig mehr, auf dem Lande in den Ausgabestellen der nahe Sorau gelegenen Postämter 30 Goldpfennig, der weiter gelegenen 30 Goldpfennig, im Kreisgebiet 5 Goldpfennig mehr, durch die Post bezogen monatlich: Preislos. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsveränderung oder Auslieferung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tageblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 9 gespaltene Aolomzelle für Stadt und Kreis Sorau je Millimeterhöhe 3 Goldpfennig, auswärtige Anzeigen je Millimeterhöhe 7,5 Goldpfennig. Im Restmetriell die 4 gespaltene Aolomzelle je Millimeterhöhe 7,5 Goldpfennig, auswärts 12,5 Goldpfennig. — Für Anzeigen, durch deren Aufnahme ein Zuschlag von 10% erhoben, ohne eine Gewähr der Richtigkeit zu übernehmen. Absatz nach festem Tarif, nur allig bei sofortiger Barzahlung; bei späterer Zahlung, bei Kontoführung und bei Erhebung durch Nachnahme erfolgt jeder Anpreisung auf denfalls.

Nummer 232

Sonntag, den 2. Dezember 1923

113. Jahrgang

Das neue Reichstabinett endlich gebildet.

Berlin, 30. Nov. (Mitteil.)

Der Reichspräsident hat den Senatspräsidenten Marx Mitglied des Reichstages, zum Reichskanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsregierung wie folgt neu gebildet:

- Reichskanzler: Senatspräsident Marx,
- Vizekanzler und Reichsminister des Innern: der bisherige Reichsminister des Innern Dr. Jarres,
- Reichsminister des Auswärtigen: der bisherige Reichskanzler Dr. Stresemann,
- Reichsarbeitsminister: Dr. Braun (wie bisher),
- Reichsfinanzminister: Dr. Luther (wie bisher),
- Reichsverkehrsminister: Deseer (wie bisher),
- Reichsernährungsminister: Graf v. Raatz (wie bisher),
- Reichsjustizminister: Dr. Goette (wie bisher), zugleich mit Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt,
- Reichswehrminister: Bayerischer Staatsminister a. D. Hamm,
- Reichsjustizminister: Staatsanwalt Csmarner, Mitglied des Reichstages.

Der Verlauf der Krise war am Freitag, insbesondere in den Nachmittags- und Abendstunden, noch verzwirrt als an den Vortagen, und es ist außerordentlich schwer, ein klares Bild von dem Gang der Dinge zu gewinnen. Aus der Unklarheit der sich zum großen Teile widersprechenden Meldungen und Gerüchten läßt sich im wesentlichen, folgender Lauf der Handlung feststellen:

Am Sonntag Vormittag sollte die Lösung der Krise noch nicht als abgeschlossen angesehen werden. Das Auftreten des Reichsministers Marx hing außer von Personalfragen auch noch von sachlichen politischen Verhandlungen ab. Die Bayerische Volkspartei, deren Mitglied Csmarner für den Posten des Justizministers in Aussicht genommen war, verlangte die Zugewinnung eines deutschen Nationalen Vertreters, wenn sie sich an dem Kabinett beteiligen sollte. Als solcher deutscher Nationaler Vertreter kam der Abg. Schiele für das Ernährungsministerium in Betracht. Über diese Frage wurden in einer Fraktions Sitzung der Deutschnationalen, die bis in die Mittagsstunden dauerte, Erörterungen gepflogen, aus denen sich ergab, daß die Deutsche Volkspartei das von Herrn Marx beschriebene Ernährungsministerium nicht in der Weise annehmen wollte, daß es unter Einwirkung der Sozialdemokraten aufstünde. Eine Veränderung vielmehr eine klare Entscheidung der

Sozialdemokraten gegen das Kabinett, dessen Lebens besonders nach Sigmund eines deutschen Nationalen Vertreters nach rechts gerichtet sein würde. Die Fraktion der Deutschnationalen sollte nach beabsichtigt, daß der Abg. Schiele nicht in das Kabinett eintreten sollte und infolgedessen zog auch der Abg. Csmarner von der Deutschen Volkspartei seine Bereitschaft zum Eintritt in das Kabinett Marx zurück. Abg. Marx hatte in den Mittagsstunden eine Besprechung mit dem General von Seeck.

Am Laufe des Nachmittags verhandelte dann Herr Marx weiter mit den Parteien und mit einzelnen Personalfragen. Schon war um 2 Uhr amtlich eine Mitteilung veröffentlicht, obwohl die Eingefahren noch keineswegs ganz klar waren. Gemäß dieser Mitteilung waren nachmittags und abends um 8 Uhr die Verhandlungen der Deutschnationalen Fraktion aufhört sich nach kurzer Beratung dahin, von einer Einigung in die Bildung des Reichs-Kabinetts Abstand zu nehmen und abzuwarten, welche Persönlichkeiten berufen würden. Die Frage der Vertretung der Deutschnationalen im Kabinett nahm eine neue Wendung durch einen Schritt des Reichs-Kabinetts an, der mit den Parteien Verhandlungen anknüpfte über die Frage, inwieweit der Deutschnationale Einfluß im Kabinett vergrößert werden könnte, da ihm die Vertretung durch Herrn Schiele allein nicht genügend erschien. Die deutschnationale Fraktion bereitete darüber in einer Sitzung um 6 Uhr. In Berlin des Morgens dieser Sitzung hat dann der Abg. Csmarner den Eintritt in das Kabinett Marx endgültig abgelehnt. Die Entscheidung hatte zur Folge, daß der bisherige Ernährungsminister Graf Raatz auf seinem Posten zu bleiben gebeten wurde, er hat dem Wunsch nachgegeben. Der Abg. Csmarner hat im Gegensatz zu Schiele, an seinem ursprünglichen Standpunkt nicht festgehalten, sondern sich nach nochmaliger Rücksprache mit seinen Parteifreunden auf einen Austritt bereit erklärt, in das Kabinett Marx als Justizminister einzutreten.

Nach der Meinung Schieles und dem daraus sich ergebenden Verbleiben des Grafen Raatz und nach der Zusage Csmarners, standen nur noch die Posten des Verkehrs- und des Wirtschaftsministeriums offen. Man hat sich entschieden, den ersteren auf Wunsch von Kreisen aus dem Reichspräsidentenministerium, bei seinem bisherigen Inhaber, Herrn Deseer zu belassen und mit dem Reichsfinanzministerium den ursprünglich einmal als Innenminister in Aussicht genommenen demokratischen Abgeordneten, früheren Staatssekretär in der Reichskanzlei und bayerischen Handelsminister a. D. Csmarner zu betrauen. Damit war die Ministerliste komplett und die Kabinettskrisis zunächst gelöst. Reichskanzler Marx begab sich darauf zum Reichspräsidenten Ebert, um ihm die Ministerliste vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen. Der Reichspräsident hat die Liste genehmigt.

Die Haltung der Parteien. Man spricht von einem Kabinett der „bürgerlichen Mitte“, auch von einem „Minderheitskabinett“, „Verlegenheitskabinett“ und „Ubergangskabinett“, endlich herausgehoben aus der völligen Unfähigkeit und Kollapsität des Parlamentarismus, und man meint, daß es von rechts her zum mindesten gebildet werden wird. Man gibt sich daher der Hoffnung hin, daß sich im Reichstage genügend Stimmen für ein Vertrauensvotum finden werden.

Was die Haltung der Deutschnationalen anbelangt, so wird erklärt, man wolle sich endgültig vorerst noch nicht entscheiden, sondern die Programmrede des neuen Kanzlers abwarten, sei aber grundsätzlich das Kabinett Marx mit Rücksicht auf die ungeheure Notlage des Volkes zu unterstützen bereit. Solange keine Politik der Deutschnationalen Partei es nur irgendeine gestalte, und man eben falls nicht von vornherein in die Opposition eingetret, wobei allerdings die Frage einer Aufhebung des Reichstages, wenn die Verhältnisse dazu drängen sollten, aber mindestens eine möglichst frühe Ausschließung der Neuwahlen eine Rolle spielen dürfte.

In rechtsstehenden Kreisen der Deutschen Volkspartei wird das neue Kabinett nicht als ein eigentliches „Koalitionskabinett“ angesehen, denn dazu wäre notwendig, daß die Ministerposten einmütig gleichmäßig auf die am Kabinett teilnehmenden Parteien ver-

teilt wären. Die Volkspartei ist jedoch nur mit einem einzigen Parlamentarier in der Regierung vertreten, nämlich mit Dr. Stresemann. Der Innenminister, Jarres, gehört zwar der Partei an, spielt aber in ihr keine ausgesprochene politische Rolle. Der Finanzminister Dr. Luther, der der Volkspartei in der Öffentlichkeit häufig zugehört wird, gehört ihr nicht an. Das Kabinett stellt sich seinem Wesen nach der Auffassung der rechtsvolksparteilichen Kreise als ein Ubergangskabinett dar, an dessen Ende voraussichtlich die „möglichst“ frühzeitig vorzunehmende Auflösung dieses Reichstages stehen muß, wenn nicht durch besondere Ereignisse neue Zwischenfälle herbeigeführt würden.

Die Einführung des Kabinetts soll möglichst bald erfolgen. Ob der Reichstag zu diesem Zwecke jedoch bereits am Montag wird zusammenzutreten können, erscheint fraglich. Voraussichtlich wird er erst am Dienstag, aber auch wohl kaum zu einem späteren Termin einberufen werden, um die Erklärung der neuen Reichsregierung entgegenzunehmen. Wie der „Sokalars“ aus parlamentarischen Kreisen hört, hat der Reichskanzler die Absicht, die Stellungnahme der Regierung in kurzer und präziser Form niederzulegen und im Anschluß daran der Reichstag um die Ermächtigung für eine Reihe dringender notwendiger Maßnahmen zu ersuchen. Diese werden sich vor allem auf Steuerfragen beziehen, da die bereits vorliegenden Pläne und Maßnahmen umgehend in die Tat umgesetzt werden müssen, wenn es gelingen soll, nicht nur den Etat zu ordnen, sondern auch der Währung die notwendige Stütze zu verleihen. Da es sich bei dem geforderten Ermächtigungsgesetz nur um die Genehmigung von Maßnahmen handelt, die nicht verfassungsändernder Natur sind, genügt für die Annahme im Reichstag die einfache Mehrheit.

Der Reichspräsident hat an den bisherigen Reichskanzler Dr. Stresemann das Kabinett übergeben. Er ist ihm das Kabinett in besonderer Dankbarkeit ausgedrückt, daß er in dieser Zeit die Bürde des Leitens der Reichsregierung übernommen habe und bezeugt, daß Stresemann sich auch der neuen Regierung wie er zur Verfügung gestellt habe. Durch die Zusage Stresemanns war die wichtigste Voraussetzung für die Regierungsübernahme durch Dr. Marx erfüllt.

Geheimrat Justizrat Wilhelm Marx ist am 15. Januar 1863 in Köln als Sohn eines Volkskammerabgeordneten geboren. Er studierte bis 1884 die Rechte in Bonn, war dann in Köln als Referendar beschäftigt und bestand am 1. Dezember 1888 das Justizexamen. Im Jahre 1894 wurde Marx Landrichter in Uckerath, erhielt 1904 seine Verleihung nach Köln, wo er 1906 zum Oberlandesgerichtsrat aufstieg. Von dort wurde er in derselben Eigenschaft nach Düsseldorf versetzt. Später kam er als Landgerichtspräsident nach Limburg und wurde dann im Oktober 1921 zum Senatspräsidenten am Kammergericht ernannt. 1899 wurde er vom Reichspräsidenten Friedrich Wilhelm III. (König) in das preussische Abgeordnetenhaus gewählt, dem er bis 1918 angehörte. 1910 erlangte ihn der Wahlkreis Mittelrhein. Er war Mitglied in den Reichstagen, dessen Mitglied er ebenfalls bis 1918 blieb. Auch der Nationalversammlung gehörte er an und leitete den Reichstag. Im September 1921 wurde er als Nachfolger Trimborns zum Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages gewählt.

Möglichkeit gibt eine oppositionelle Stellungnahme zu vermeiden. Was die Frage des Ermächtigungsgesetzes angeht, auch wenn es nur ein kleines Ermächtigungsgesetz wäre, so heißt es dazu im „Vorwärts“: „Eine besondere Schwierigkeit liegt in dem Umstande, daß auf dem Gebiete des Steuer- und Währungswezens rasche Entscheidungen herbeizuführen sein werden, die auf dem normalen Wege der Gesetzgebung nicht herbeizuführen sind. Eine Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes wird aber aus dem Kreise der Erwägungen ausscheiden müssen; denn es ist der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unmöglich zuzumuten, daß sie die Rechte der Volksvertretung an eine Regierung delegiert, in der sie gar nicht vertreten ist.“ Die Unfähigkeit des Kabinetts Marx wird also schon jetzt, bevor das Kabinett überhaupt in Funktion getreten ist, bereits stark eingeschränkt.

Englands Unfall. Die englische Presse führte zu Beginn der Woche eine so energiegelasse Kampagne gegen Frankreich, daß die Meinung auf dem Kontinent, es lag ein mehr als übliches „Dramma“ vor, und doch sollte diese Kampagne nicht ohne Erfolg bleiben. Die Ereignisse und einen völligen Umsturz bringen. Geleitet wird das durch eine Kauterung über die deutschen Klagen. Diese Rolle sollte offenbar dazu dienen, Frank-

reich zu beschwichtigen. In der Notiz wurde dem Bericht des Generals Bingham, daß Deutschlands Entschlossenheit vollständig sei, entgegengetreten und behauptet, in Deutschland würde im Widerspruch mit den Verträgen, eine große Anzahl von Leuten mütterlich ausgebildet und ähnliches. Daß die englische Regierung hinterher erklärte, sie stehe der Notiz fern, ändert nichts an der Sache. Poincaré kann mit dieser Leistung zufrieden sein, da er es auch nicht hätte besser machen können. Sir John Bradburn, der Vertreter Englands im Wiederherstellungsausschuß, hat allerdings die Meinung erhalten, auf Poincarés Vorschlag einzugehen, England ist einverstanden, daß Poincaré seine Sachverständigen einberuft, die nur das befehlen, was Poincaré aufgeben hat. Gewiß, die Rechtsfähigkeit des Ruhrgebietes wird von der englischen Regierung nach wie vor bestritten. Aber an der Ausbeute will sie sich beteiligen, so daß wahrscheinlich das Kunststück fertig bekommt, England dadurch mittelbar zur Anerkennung der Rechtsfähigkeit zu zwingen. England hat in Versailles den Grundab seiner Politik preisgegeben, der durch Jahrhunderte seinen Ruhm erhalten hat. Indem England der Entschlossenheit Deutschlands zustimmt, gab es die Ehre vom europäischen Gleichgewicht preis. Dafür ist England von Frankreich abhängig geworden, so sehr, daß es sich sogar dem Unrecht des Ruhrgebietes beugt.

Die Entscheidung der Reparationskommission.

Zwei Sachverständigen-Ausschüsse. Paris, 30. Nov. Über die heutige Sitzung der Reparationskommission wird folgende amtliche Mitteilung verbreitet: Im Verlauf der Sitzung, die die Reparationskommission heute abgehalten hat, hat die Reparationskommission folgende Entscheidung angenommen: „Um entsprechende den Bestimmungen des Artikels 237 des Versailler Vertrages die Einnahmequellen sowie die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu prüfen, beschließt die Reparationskommission, nachdem sie den Vertretern Deutschlands die gerechte Möglichkeit (!) gegeben hat, sich vernehmen zu lassen, zwei Sachverständigen-Komitees einzusetzen, die den alliierten und assoziierten Ländern angehören. Das eine dieser Komitees würde beauftragt werden, die Mittel zu untersuchen, das Budget Deutschlands auszugleichen und die deutsche Währung zu stabilisieren. Das andere Komitee würde die Mittel zu untersuchen haben, die ins Ausland angelegenen deutschen Kapitalien abzuschöpfen und nach Deutschland zurückzuführen.“

Das Einmengen zwischen England und Frankreich ist also vollkommen, und es versteht sich, daß Barthou in einer längeren Rede diese neue Auslegung der Einmengen der Entente feierte. Bradburn verlas eine längere Erklärung, worin er die Anfrage, die gestellt wurden, zusammenfaßte. Die Erneuerung der beiden Sachverständigenkomitees wird natürlich wenig politische Bedeutung haben. Vorläufig ist sicher das Einmengen innerhalb der Entente hergestellt. Ob es aber nach den englischen Wahlen fort dauern wird, ist eine andere Frage.

„Milderung“ der Ruhrbesetzung.

Paris, 30. Nov. Eine Brüsseler Meldung des „Temps“ besagt, daß die belgische Regierung sich zu einer „Milderung“ der Ruhrbesetzung erst dann verstehen wird, wenn gewisse Anzeichen dafür vorhanden sind, daß die Arbeitsleistung sich nicht verbessern wird. Unter dieser Voraussetzung gebent das Brüsseler Kabinett die Mannschaften aus den Fabriken der Gruben und einer Reihe von Schenkenanlagen herauszuführen. Diese Abteilungen sollen dann zu ihren an der Ruhr stationierten Körperwachen zurückkehren, und die alliierten Streitkräfte nach der vollkommenen Unterwerfung nur noch auf die wichtigsten Punkte zur Aufrechterhaltung des militärischen Ordens verteilt werden.

Seine Unterbewertung der Rentenmarkt im Ausland.

Die Deutsche Rentenbank ist mit der viel noch im Publikum verbreitete Meinung, daß die Rentenmarkt in Amerika, in Frankreich, sowie an verschiedenen europäischen Inseln (Bremen und Hamburg) angeboten